

Kolloquium 2011

„Wert regiert die Welt?“

Thesenpapier

Arbeitsgruppe 1: Das Volk

Gruppenpräsident: Prof. Dr. iur. Rainer J. Schweizer

Sekretär: Dr. phil. René Scheu

-
- 1. Die Forderungen nach einer starken politischen Mitwirkung des Volkes gewinnen in und ausserhalb Europas eine enorme Stosskraft.** Das eindrucklichste, bewegendste Beispiel liefern zurzeit die arabischen Völker. Aber auch in Europa wachsen die Mitwirkungsmöglichkeiten, z.B. bei grossen Infrastrukturprojekten (Stuttgart 21), Wahl von Parteiführern (Vorwahlen der sozialistischen Präsidentschaftskandidaten in Frankreich) oder Einführung von Volksinitiative und Referendum in Island.
 - 2. Ohne Zweifel schaffen die neuen Medien eine neue, breitere Öffentlichkeit und neue Möglichkeiten politischer Aktivierung und Partizipation.** Die Manipulierbarkeit dieser neuen Medien ist allerdings enorm!
 - 3. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass viele demokratische Ordnungen mangelhaft und missbrauchbar sind.** Die Parteiendemokratie wird zur Plutokratie. Korporatistische Strukturen und Lobbyismus gefährden insbesondere die Parlamente. Vor allem sind wesentliche Teile der Bevölkerung schlecht oder gar nicht an den politisch-demokratischen Entscheidungsverfahren beteiligt: Die direkte Demokratie ist eine "Mittelschichtdemokratie" (Wolf Linder), Unterschichten wirken meist nicht mit. In der Schweiz ist ein Viertel der Wohnbevölkerung nicht stimmberechtigt. Schliess-

lich ist eine demokratische Staatsordnung nie vor Manipulation oder Umschlag in autoritäre Regierungsformen gefeit (Ungarn, Russland). Es fehlt vielerorts an einem entscheidenden politischen Willen, die Mängel der Demokratie zu korrigieren.

4. Die Globalisierung, insbesondere der Wirtschaft, sowie die Europäisierung und Internationalisierung der Rechtsordnungen schränken die nationale Demokratie ein. Namentlich gewinnen Verwaltung und Exekutive ein wachsendes Gewicht gegenüber Parlament und Volksrechten. Die Partizipationsmöglichkeiten des Volkes lassen sich nur sehr begrenzt auf europäische und internationale Entscheidungsprozesse übertragen. Gleichzeitig gibt es zunehmend Konflikte zwischen internationalen Verpflichtungen und nationalen demokratischen Entscheidungen. Zu deren Lösung muss der demokratische Verfassungsstaat differenzierende Lösungsverfahren entwickeln (z.B. ein stärkeren Einbezug des Parlaments in der Vorphase internationaler Entscheidungen, Möglichkeiten zur Kündigung von Staatsverträgen mit Abfederung der Kooperationsverluste).

5. Auch in einer zunehmend globalisierten Welt mit ihren offensichtlich wachsenden sozialen und ökonomischen Spannungen in den staatlichen Gemeinschaften muss die Demokratie das letzte Wort haben. Die Demokratie führt zu mehr Informationen und Öffentlichkeit der politischen Prozesse. Sie führt zu Machteilungen und damit zu liberalen Machtbegrenzungen. Sie erzwingt politische Integration und eine immer neue Suche nach Konkordanz.